

**DAS  
FREIE  
FORUM**

S 205 66F  
ISSN 1432-0223

INFORMATIONSDIENST

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 2

62. Jahrgang

April/Mai/Juni 2022

*Einladung zu unserem  
GfP-Jahres-Kongreß 2022*

23. – 25. September 2022

*Deutschland im Krisenmodus –  
Corona-Wahnsinn – Klimahysterie – Kriegspropaganda*

Liebe Mitglieder und Freunde!

Es sind nun vier Jahre seit der letzten GfP-Tagung vergangen. Vor fast 30 Monaten begann der Corona-Wahnsinn und damit auch die massive Einschränkung der persönlichen Freiheit der Bundesbürger. Veranstaltungen waren in dieser Zeit kaum möglich; und wenn einmal die Beschränkungen gelockert wurden, hing immer das Damoklesschwert der Verschärfung der Maßnahmen über uns. Mit der Bildung der Ampelkoalition im vergangenen Herbst rückte der angeblich menschengemachte Klimawandel in den Fokus der Herrschenden und wurde sogar zur Causa prima bei Rot-Grün-Gelb. Dies bedeutet weitere Belastungen für die Bürger. Und seit Februar kommt noch der Ukraine-Krieg dazu, den man in der Person von Wladimir Putin für die galoppierende Inflation und die Versorgungsschwierigkeiten verantwortlich macht. Lehnten früher BRD-Politiker die Beteiligung an Kriegen ab, sind es nun ausgerechnet die Grünen, die Kriegspropaganda betreiben und vor ›Kriegsmüdigkeit‹ warnen. So mancher älterer Bürger glaubt, im Jahre 1944 zu sein. Die Medien rühmen die Bewaffnung ukrainischer Zivilisten und deren Durchhaltewillen. Es ist nun wieder chic, auf verlorenem Posten auszuharren und bis zum ›Endsieg‹ zu kämpfen. Zu diesem Generalthema sprechen

der Militärhistoriker Generalmajor a.D. **Dr. Bernd Schwipper**,  
der Buchautor **Thorsten Schulte**,  
der Ex-Politiker und Publizist **Karl Richter** und  
der Rechtsanwalt **Wolfram Nahrath**.

Den Huttenpreis erhält der Publizist Dr. **Fred Duswald**.

Ich freue mich auf Ihren zahlreichen Besuch und bin mit besten Grüßen  
Dr. Martin Pfeiffer, GfP-Vorsitzender

## Weltgeschichte pur Ukrainekrieg als Moment der Zeitenwende

Wer den britischen Terrorangriff auf Dresden am 13. Februar 1945 und den US-Terrorangriff einen Tag später auf Dresden haarscharf überlebt hat, der schließt seine Augen nicht mehr beruhigt, wenn die USA und ihre Vasallen sich auf dem Kriegspfad befinden. Alter und Lebenserfahrung helfen beim Urteilen. In der Ukraine ist der Westen seit Jahren auf dem Kriegspfad. Dieses Mal trifft er auf einen vorbereiteten und starken Gegner. Der Westen ist stinksauer, daß Putin Russland aus der Zeit der Erniedrigung unter dem Trunkenbold Jelzin geführt hat. Es war so schön, als 1989 Francis Fukujama das Ende der Geschichte und den endgültigen Sieg des Westens verkünden konnte. China hatte man schon 1971 von US-Seite zu umgarnen versucht und war sich sicher, daß westliche Industrialisierung und Konsumwohlstand das Land wie eine reife Frucht in den Schoß des Westens fallen lassen würde. Diese Hoffnung ist zerstoßen. Derzeit hofft man mit der Präparierung der Ukraine Rußland einen tödlichen wirtschaftlichen und militärischen Aderlaß zu verpassen. Und wirklich ist es so, daß man heutige Ereignisse nicht verstehen kann, wenn man die Geschichte nicht kennt oder kennen will, weil vom Standpunkt »gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« geurteilt oder verurteilt wird: Der Russe ist böse. Wir kennen die Losung aus dem Ersten Weltkrieg mit »Jeder Schuß ein Russ, jeder Stoß ein Franzos!« Wir haben von der »jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung« gehört.

Wir lassen uns heute wieder manipulieren und sollen im Russenhaß versinken. »Frieren gegen Putin!«, lallte es aus den oberen Etagen der Politik und den Niederungen der Journaille. Dabei ist es eigentlich ganz einfach. Man muß nur mal schauen, was aus den Denkfabriken und mächtigen politischen Gremien der US-Neokons und ihrer Freunde Strategisches herausposaunt wurde. Da schauen wir mal auf das PNAC (»Projekt for the New American Century«, »Projekt für das neue US-amerikanische Jahrhundert«), gegründet 1997, aufgelöst 2009 und übergeführt in die »Foreign Policy Initiative«. Es geht darum, die Führerschaft der USA mit allen erdenklichen Mitteln und allen möglichen Vasallen durchzusetzen. Man schaue unter *Wikipedia* nach und erschrecke möglichst nicht. Nachdem Putin am 25. September 2001 in seiner Rede vor dem deutschen Bundestag eine Wirtschaftskooperation zwischen EU-Deutschland und Rußland von Brest bis Wladiwostok angeboten hatte, schrillten in den USA die Alarmglocken, denn in der Folge der Verwirklichung dieses Projektes hätten sich die USA aus Europa verabschieden dürfen. Am 28. September 2004 veröffentlichte das PNAC einen an alle Politiker der Welt gerichteten Brief, in dem vor Putin gewarnt wurde: »An Open Letter to the Heads of State and Government. Of the European Union and NATO«. Von deutscher Seite unterschrieben: Reinhard Bütikofer, von und zu Guttenberg, Leutheusser-Schnarrenberger, General Klaus Naumann, Margarita Mathiopoulos, Cem Özdemir, Friedbert Pflüger und Eberhard Sandschneider.

Hierbei geht es grundsätzlich um das Ziel, nach dem Kollaps des sowjetischen

Ostblocks und dem totalen Sieg des US-geführten Westblocks jede Entstehung einer neuerlichen Zweiten Supermacht präventiv zu verhindern. In dem Manifest des PNAC »Rebuilding America's Defenses« vom September 2000 wurden zu diesem Zweck stark erhöhte Rüstungsausgaben zwecks überwältigender Abschreckungsstärke, die Fähigkeit zur Führung mehrerer Kriege gleichzeitig und die Fertigstellung von Reagans System von »global missile defenses« (»Star Wars«) gefordert.

Die US-Politik strebt seit Jahren die Wiedergewinnung der nuklearen Erstschlagskapazität mittels eines funktionierenden Raketen-schirm-Zauns in Form einer engen Schlinge um jeden möglichen »Kandidaten« für eine neue Zweite Supermacht, die den Westen bedrohen könnte. Als die PNAC-Leute dann die Militärpolitik der Regierung Bush jr. übernahmen (Cheney, Rumsfeld und Wolfowitz), begann die systematische Errichtung dieses globalen Raketen-schirmzauns um China und Rußland, die seitdem auch von den Demokraten fortgesetzt wurde. Dabei wechselten die Namen National Missile Defense (NMD), Ground Based Missile Defense (GMD), nicht aber die Absicht der USA, das bisherige große »Loch« dieses Zauns (zwischen Rumänien und Polen) an der ukrainisch-russischen Grenze zu schließen, und zwar durch formelle oder auch informelle NATO-Mitgliedschaft der Ukraine.

Das stellte einen der wichtigsten Punkte in Putins Rede vom 21.2.2022 dar. Dieser Punkt wurde wie üblich in den westlichen Medien unterdrückt. Der Machtwechsel in Belorußland ist zwar gescheitert, aber die Ukraine ist noch gut und brauchbar, Rußland bis aufs Blut zu reizen. Die Baltischen Staaten haben gegenwärtig die Funktion von »Lunten«, um eventuell den NATO-Bündnisfall ausrufen zu können. Derzeit reizt Litauen im Auftrag der NATO Rußland, indem es die Versorgung des Kaliningrader Gebietes aus Rußland über Land faktisch unmöglich macht. Nützliche Idioten der USA. Mal sehen, was daraus wird.

Der Ukrainekrieg hat neben der längeren Vorgeschichte der Aufrüstung durch die USA und die NATO auch eine kürzere Geschichte der direkten Kriegsvorbereitung der Ukraine gegen die Russen in der Ostukraine. Die direkte Unterdrückung alles Russischen in jeder Form läuft seit 2014 und wurde immer irrsinniger. Darüber kann man sich leicht informieren. Die direkte Vorbereitung des »Ukraine-Krieges« durch die Ukraine selbst ist eigentlich auch bekannt.

Das erste ist, daß Präsident Zelenskij am 24. März 2021 ein Gesetz zur militärischen Rückeroberung der Krim und des Südens der Ukraine erlassen hat (Ukas Nr. 117/221). Das bedeutet, daß eine



Dieser Krieg ist ebenso wenig vom Himmel gefallen wie die Kriege gegen Jugoslawien oder den Irak. Tatsächlich ist er Teil einer umfassenderen Konfliktkonstellation, eines historischen Umbruchs der Weltordnung. Zbigniew (Bild oben) meinte in seinem Klassiker *Die einzige Weltmacht*: (Frankfurt <sup>5</sup>2002, S. 128) »Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Rußlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Rußland kein eurasisches Reich mehr.«

Offensive zum Angriff auf die Krim und den Donbass vorbereitet wurde. Damit erfolgte gewissermaßen eine Kriegserklärung an Rußland.

Und seit März letzten Jahres haben wir eine permanente Verstärkung der ukrainischen Truppen im südlichen Teil des Landes. Im Grunde steht die gesamte ukrainische Armee im Südosten des Landes. Und am 11. Februar 2022 sagte Joe Biden, er wisse, daß Rußland am 16. Februar angreifen würde. Woher konnte er das wissen? Tatsächlich wußte er das, weil er wußte, daß die Ukrainer ihre Offensive für den 16. Februar geplant hatten. Und wenn man sich anschaut, was die Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa berichtet haben, dann sieht man ab dem 16. Februar einen dramatischen Anstieg des Beschusses von ukrainischer Seite in den Donbass, der die Behörden des Donbass zwang, die Bevölkerung zu evakuieren, weil sie unter schwerem Artilleriebeschuß stand. Und am 16. Februar ist nichts passiert. Die Russen haben nicht angegriffen.

Was geschah, war, daß die Ukrainer ihren Beschuß am 16., 17. und 18. Februar verstärkten. Am 18. war der Beschuß etwa 40mal so stark wie normalerweise in dieser Region. Und in Rußland forderte das Parlament Putin auf, die Unabhängigkeit der beiden selbsternannten Republik Luhansk und Donezk anzuerkennen. Warum ist das logisch? Weil Rußland durch die Anerkennung der Unabhängigkeit dieser Republiken einen Freundschafts- und Beistandsvertrag mit ihnen unterzeichnen könnte. Und diese beiden Republiken könnten im Falle eines Angriffs von außen um militärische Unterstützung bitten. Und genau das ist geschehen.

Am 23. Februar baten die beiden Republiken Rußland um militärischen Beistand, weil sie angegriffen wurden, und Rußland konnte unter Berufung auf Artikel 51 der UN-Charta, der die kollektive Verteidigung und den Beistand für ein angegriffenes Land vorsieht, in der Ukraine intervenieren. Das ist also ein juristischer Trick, den Putin angewendet hat. Das kann man unterschiedlich bewerten. Aber das war ein politischer Trick, um eine Art von Legalität und Legitimität für den Angriff auf die Ukraine zu erhalten. Und während dieser ganzen Zeit ging der

Wladimir Putin, Angela Merkel, François Hollande und Petro Poroschenko waren sich 2015 des Ernsts der Lage bewusst, als sie in der weißrussischen Hauptstadt Minsk nach einem Lösungsweg suchten. Das unterzeichnete Abkommen zur Lösung des Konflikts scheiterte, da die Ukraine nicht umsetzte, was in den Vereinbarungen stand. Links: Gastgeber Alexander Lukaschenko.



Beschuß des Donbass durch die Ukraine weiter. Auf der Siegesparade in Moskau am 9. Mai (zum Gedenken an die Niederlage Deutschlands im Jahr 1945) hielt Putin eine Rede, in der er genau das erklärte. Alles war voraussehbar.

Unabhängig davon, ob wir dies als Propaganda betrachten oder nicht, ist das, was Putin gesagt hat, aus sachlicher Sicht richtig. Ob es andere Möglichkeiten gab, anders zu reagieren, ist offen. Putin hat entschieden, daß es die beste Entscheidung war anzugreifen. Das hat er getan. Aber Tatsache ist, daß die Ukraine damit angefangen hat, nicht mit dem Krieg in diesem Sinne, sondern mit der Offensive. Der Grund, warum die Russen von einer »Sonderoperation« sprechen, ist, daß für sie der Krieg 2014 begann und die Minsker Abkommen, die im September 2014 und das zweite im Februar 2015 unterzeichnet wurden, eigentlich der Weg waren, den Konflikt zu beenden. Aber da die Ukraine nicht umsetzte, was in diesen Vereinbarungen stand, ging der Krieg weiter. Aus russischer Sicht befinden sie sich also seit 2014 im Krieg, und dies ist nur eine Operation in einem größeren Konflikt.

Das mag als spitzfindig erscheinen, schafft aber in Rußland das Gefühl, einen gerechten Krieg zu führen. Wir leben hier im Westen in einem Zustand hysterischer Überreiztheit, was Russland betrifft, und viele begrüßen das permanente »Schlagen der Haßtrommeln« gegen den Russen, der die unschuldige Ukraine überfallen hat. Putin ist der neue politische Irre, wie einst Saddam Hussein oder noch länger zurück Adolf Hitler. Und wenn wir uns die Reden der EU-Politiker oder der Regierung der BRD anhören, dann besteht kein Wille, die Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen: Rußland muß ruiniert werden, die Ukraine muß siegen, der Westen muß Waffen liefern und Verhandlungen sind ausgeschlossen. Wenn man den Gleichklang der Reden fassungslos zur Kenntnis nimmt, dann fällt einem das Epigramm von Stanislaw Jerzy Lec ein: »Was ist Politik? Das Wettrennen trojanischer Pferde.« Hoffentlich brechen sie uns nicht den Hals.

■ Frank Enberg

---

### Sieg im Suppenkrieg? Ukrainische Suppe wird Weltkulturerbe

Die UN-Kulturorganisation Unesco hat die ukrainische Kochkultur der Rote-Bete-Suppe Borschtsch auf ihre Liste des zu schützenden Kulturerbes gesetzt. Grund sei eine Bedrohung durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Kiew zeigte sich hocherfreut. »Der Sieg im Krieg um den Borschtsch ist unser!«, schrieb Kulturminister Olexander Tkatschen-

ko. Die Suppe sei nun »offiziell ukrainisch«. Die Ukraine werde »wie im Krieg um den Borschtsch« auch im Krieg gegen Rußland siegen. Auch Vize-Außenministerin Emine Dschaparowa feierte die Entscheidung. »Der ukrainische Borschtsch ist entrussifiziert«, schrieb die 39-jährige beim Kurznachrichtendienst Twitter. Rußland reagiert gereizt. (Quelle: u.a. *t-online.de*, 1.7.22)  
Wir sind Borschtsch!

## Die Macht der Bilder

**K**atrin Eigendorf vom ZDF hat dieses Jahr für ihre Berichte über die Lage der Frauen in Afghanistan den Grimme-Preis erhalten. Aus der Ukraine zeigt sie uns derzeit die schlimmsten Bilder zerstörter Städte, von Toten, Verwundeten, Trauernden, Flüchtenden, usw. Welcher halbwegs human eingestellte Mensch möchte dabei nicht wimmernd auf die Knie sinken, wenn uns Frau Eigendorf bei Maybrit Illner mit tränenerstickter Stimme schildert, wie schlimm doch Putins Angriffskrieg ist und weshalb wir als Westen gefälligst immer schwerere Waffen an die Ukraine zu liefern haben?



Katrin Eigendorf vor der Verleihung des Hans-Joachim-Friedrichs-Preises 2021. Foto: Rolf Vennenbernd

Hatte Frau Eigendorf oder einer ihrer Kollegen auch vor laufender Kamera herumgeheult, als 2004 die US-Armee das irakische Fal-ludschah nahezu dem Erdboden gleichgemacht hatte? Hat Frau Eigendorf jemals eine Träne, und dies öffentlich, über die geschätzt 100 000 Toten Iraker, durch Amis und Briten getötet, vergossen? Oder über die von der US-Luftwaffe eliminierten Gäste von afghanischen Hochzeitfeiern in Afghanistan? Diese wurden als Kollaborateure verdächtigt; diese wurden genauso wie die Opfer von Kundus, die von der deutschen Bundeswehr als Kollaborateure der Partisanen verdächtigt wurden, durch die Bundeswehr bestellt von der US-Luftwaffe getötet? Oder über die 1999 von der Bundesluftwaffe getöteten serbischen Zivilisten?

Nein. Damit würde Frau Eigendorf ihren Vorgesetzten und den Werbekunden des ZDF nicht gefallen, womit sie sich gar nicht so sehr von den meisten russischen Journalisten unterscheidet, die Putin gefallen wollen.

Die Macht der Bilder ist aber auch begrenzt. Viele Deutsche, und nicht nur sie, wenden sich zunehmend von den Ukraine-Bildern ab, befassen sich vielmehr mit den eigenen Alltagsproblemen. Und dabei wird die Mär, Putin sei an den hohen Energie- und Getreidepreisen allein schuld, allmählich nicht mehr verfangen. Die herrschende Klasse der BRD hat sich den USA-, NATO- und EU-Sanktionen gegen Rußland angeschlossen, sie nimmt Northstream II nicht in Betrieb. Allein das zählt bei der Frage nach den Verursachern.

■ Jürgen Schwab

### Möglichkeiten nationaler Politik im 21. Jahrhundert

Es steht nicht gut um unsere Identität. Verzweiflung macht sich in nationalen Kreisen breit. Die Gründe liegen auf der Hand: Masseneinwanderung zersetzt die Abstammungsgemeinschaften, Globalisierung entortet die Wirtschaft. **Jürgen Schwab** geht es vor allem darum, wie in Zukunft nationale Identität, nationale Souveränität und nationale Politik gesichert und verwirklicht werden können. Die übrige deutsche Volksgemeinschaft wird neue Wege gehen müssen – oder sie wird nicht mehr sein.

*Jürgen Schwab · Zukunft Deutsch, 292 S., geb., € 22.-*



## Keine Gefahr für Van der Bellen

Nach dem monatelangen Wahlkrimi bei Österreichs Bundespräsidentenwahl 2016, bei dem sich via Volkswahl zweimal Alexander Van der Bellen (VdB) knapp und unter fragwürdigen Umständen gegen den freiheitlichen Kandidaten Norbert Hofer durchsetzte, wird es am 9. Oktober dieses Jahres bereits im ersten Wahlgang eine klare Entscheidung geben. Denn es ist kein Geheimnis, daß der ehemalige Obmann der Grünen, Alexander Van der Bellen, trotz seiner 78 Jahre und klapprigen Erscheinung diesmal keinen ernsthaften Konkurrenten haben wird. Nach drei Versuchen im Jahre 2016 und gefallenen Sympathiewerten für Norbert Hofer, der nach Heinz-Christian Straches Rücktritt im Mai 2019 einige Zeit die FPÖ führte und dabei als Leisetreter keine gute Figur machte, wagt es der gesundheitlich schwer angeschlagene Burgenländer (51) nun nicht mehr, erneut ins (aussichtslose) Rennen um die Hofburg zu gehen.

Da aber weder SPÖ noch die mit den Grünen regierende Kanzlerpartei ÖVP und auch nicht die linksliberalen NEOS einen Kandidaten aufstellen, bleibt der FPÖ als zweitstärkster Oppositionspartei im Parlament nichts anderes übrig, als jemanden gegen Van der Bellen aufzubieten. Bis Mitte Juli machte man noch ein Geheimnis daraus, da es schwer ist, einen telegenen und über die eigene Klientel hinausgehenden wählbaren Kandidaten zu finden. Parteichef Herbert Kickl hielt sich bisher zurück, da ein Ergebnis um die 20 Prozent für ihn – derzeit stehen die Freiheitlichen in Umfragen mit 21 Prozent zwar gleichauf mit der ÖVP, doch parteiintern ist der als Hardliner geltende FPÖ-Chef für manche Parteimitglieder zu aggressiv und radikal – kein gutes Omen für den anvisierten Aufstieg seiner Partei zur stärksten Oppositionskraft wäre. Bei den Freiheitlichen ist weit und breit keine charismatische Figur in Sicht, wie sie etwa Jörg Haider und HC Strache lange Zeit waren und damit Garanten für Ergebnisse weit jenseits der 20-Prozent-Marke.

Drei Personen – abgesehen von Amtsinhaber VdB – erklärten bis Juni ihre Bereitschaft, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren: Marco Podo, Vorsitzender der Bierpartei, Michael Brunner, Vorsitzender der impfkritischen Partei MFG (Menschen–Freiheit–Grundrechte), und Gerald Grosz, parteiloser Publizist, Ex-FPÖ-Mitglied und Ex-BZÖ-Obmann. Alle drei Kandidaten müssen aber erst 6000 Unterstützungsunterschriften beibringen. Während Grosz im rechtsbürgerlichen Klientel wildert, sprechen die anderen beiden eher Spaß- und Randgruppen an. Mitte Juli gab dann endlich die FPÖ ihren Kandidaten bekannt. Sie entschied sich für den amtierenden Volksanwalt Walter Rosenkranz (60). Der ehemalige Fraktionschef der FPÖ im Nationalrat und Rechtsanwalt ist Burschenschafter und gilt als Sir bei den Blauen. Einige Nationale nehmen ihm aber übel, daß er 2018 der Einstellung der Monatsschrift *Die Aula* zustimmte und dies auch heute noch verteidigt. Er dürfte ein Ergebnis von kaum über 20 Prozent erreichen. So kann VdB wohl schon am 9. Oktober mit einem Ergebnis über 60 Prozent rechnen. ■

## Inflation und Gold. Wer zu spät kommt, den bestraft die Inflation

Niemand hätte es gedacht, nachdem durch die Gelddruckerei der Notenbanken die Aktien- und Immobilienpreise hochgetrieben worden sind und so eine Inflation mit schönem Antlitz für die Betuchten entstanden ist, die Inflation jetzt ihre hässliche Fratze für die Unbetuchten zeigt.

Alle Schwächen, die westliche Fiat-Währungen (seit Anfang der 70er Jahre) haben, haben Edelmetalle nicht. Ergo kennen sie keine Schuldenorgien, sie kennen keine Außenhandelsdefizite, sie bieten keinen Raum für Diskriminierungen ihrer Nutzung (z.B. Einschränkung der USD-Konvertibilität für Chinesen und Russen), sie sind nicht Schlüssel für die Anwendung des US-Rechts auf extraterritorialer Ebene, sie haben keine Negativzinsen, sondern bestechen durch natürliche Knappheit und eine Historie als Geld von mehr als 5000 Jahren. Sie sind Ausdruck echter Freiheit! Robert Halver, der Leiter Kapitalmarktanalyse der Baader Bank, schrieb salopp: »Während die Weltschulden den Pazifik füllen könnten, paßt Gold in einen Putzeimer.« Und Gabor Steingart lästerte am 18. Oktober 2021 in seinem *Morning Briefing*: »Der Zusammenhang zwischen Geldflutung und Inflation ist jedem Sparkassenangestellten klar, nur der EZB und der FED offenbar nicht.« Die Inflation für alle ist jetzt da, um zu bleiben.

Milton Friedmann bemerkte einst, daß die Inflation die einzige Steuer ist, die nicht von Parlamenten beschlossen werden muß. Wir haben jetzt Hochbesteuerung für die unteren 95 Prozent. Da kann man neben Hamstern nicht mehr sehr ausweichen. Zunehmend erleben die Edelmetallhändler einen Ansturm von Leuten, die ihre freie Kohle retten wollen. Aber auch das Geschäft der Goldaufkäufer brummt, weil die unteren 60 Prozent sehen, daß sie ab Herbst diesen Jahres mehr Geld für Energie ausgeben müssen, das sie nicht haben. Also durchkramen sie ihre Schubladen und schaffen den von Oma und Tante ererbten Schmuck zum Händler.



Thomas Span hat am 13.6.2022 in *Tichys Einblick* interessante Berechnungen vorgelegt: »Schauen wir nun auf die jeweiligen Amtszeiten der EZB-Präsidenten und die Entwicklung des Goldpreises. In der Amtszeit Duisenbergs von 1998 bis 2003 stieg der Gold-Unzenpreis von 250 auf 330

Olaf Scholz, der die Bürger in Sachen Inflation unmißverständlich eingestimmt hat (»Wir müssen uns darauf einstellen, daß sich die Lage nicht ändern wird«), setzt auf eine »konzertierte Aktion« mit den Spitzenvertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Beim ersten Treffen am 4. Juli sei es darum gegangen, ein »Verständnis für die Lage« (sic) in Deutschland zu entwickeln. Geeignete Instrumente zur Bekämpfung der Inflation wurden allerdings nicht genannt. Scholz plädiert für »unterhaken und zusammenhalten«.

Euro. Das entspricht einer Teuerung von 32 Prozent und durchschnittlich 6 Prozent im Jahr. Trichet übernahm den Goldpreis bei 330 Euro und reichte ihn, als er 2011 aus dem Amt schied, mit 1300 Euro weiter. Das entspricht einer Teuerung von 294 Prozent und im mathematischen Durchschnitt 37 Prozent im Jahr. In Draghis Amtszeit fiel der Goldpreis erst einmal auf bis zu 900 Euro je Unze. Als Draghi übergab, lag er bei 1350 Euro. Gehen wir von dem Übernahmekurs aus, so liegt die Inflation in Draghis Amtszeit mit nur 50 Euro Teuerung im Durchschnitt bei 0,5 Prozent. Legen wir allerdings die 900 Euro Tiefpreis zugrunde, sieht es schon anders aus. Dann betrug die Teuerung über sechs Jahre 450 Euro bzw. 50 Prozent und 8,3 Prozent pro Jahr. Lagarde übernahm bei 1350 Euro. Aktuell wird Gold mit 1780 Euro je Unze gehandelt. Damit beläuft sich die Teuerung auf knapp 32 Prozent, allerdings durchschnittlich gut 10 Prozent im Jahr.«

Ein EZB-Präsident ist kein freier Mensch, auch wenn es stimmt, daß die EZB unabhängig ist. Ja, die Völker und Regierungen haben da wirklich keine Stimme. Die Zentralbanken sind abhängig vom finanzpolitischen Willen der gewaltigen Finanzunternehmen, in denen die Superreichen ihren Reichtum geparkt haben. Die Zentralbanken sind ihre Dienstleister. Der Bürger hat nicht mehr viele Möglichkeiten, dieser Gewalt auszuweichen. Einer der wenigen Wege ist der Kauf von Edelmetallen, wenn es auch nur die jährlichen Silber-Gedenkmünzen à 20 Euro der Bundesbank sind, die einen Silberwert von ca. 13 Euro haben. Wer zur rechten Zeit ein paar Goldmünzen gekauft hat, hat keine Verluste gemacht. Thomans Spar schreibt weiter: »Betrachten wir die Goldpreisentwicklung seit der Bargeldeinführung des Euro am 1. Januar 2002, so mußte der Goldkäufer damals 308,18 Euro je Unze berappen. Gegenwärtig sind es besagte 1780 Euro. Der Wertverlust des Euro kann nunmehr an den Goldkursen festgemacht werden. Im Januar 2002 war ein Euro fast genau 0,1 Gramm Gold wert. Zwanzig Jahre später sind es nur noch 0,018 Gramm Gold, die es für einen Euro gibt. Wer mag, kann sich nun ausrechnen, um wie viel reicher er heute wäre, wenn er damals alles Geld in Gold angelegt hätte. Und wie viel ihm die Inflation von seinem Vermögen in den vergangenen 20 Jahren weggefressen hat.«

Nur als Ergänzung: Wer am 23.6.2022 eine Goldmünze 1 Oz Feingold kaufen wollte, mußte rund 1840 Euro hinlegen. Die Zeit läuft schneller, und der Goldpreis ist ein Krisenindikator. ■ Frank Enberg



Am 13. Juni erklärte Gabor Steingart im *Focus*: »Seit der Weltfinanzkrise 2008 hat die EZB rund sechs Billionen Euro zusätzlich in den Markt gepumpt. Experten sprechen von einem Geldüberhang, der sich nun in der Inflation entlädt. Längst hat eine gefährliche Kettenreaktion eingesetzt.

›Frieden ist das höchste Gut«, plakatieren derzeit die ›Grünen‹. Aber die Verletzung der Geldwertstabilität, würde man ihnen gerne zurufen, ist auch kein Kavaliersdelikt. Es bleibt Putins Krieg, aber es ist unsere Inflation.

Zwei Schuldige für die nun offensichtlich gewordene Zerstörung von Wohlstand und Kaufkraft sind zu benennen: Keiner von ihnen sitzt in Moskau.«

## Linker Gender-Wahn ohne Ende

**A**nfang Juli sollte die Biologin Marie Luise Vollbrecht an der Berliner Humboldt-Universität in Berlin einen Vortrag zum Thema »Warum es in der Biologie nur zwei Geschlechter gibt« halten. Linksradikale Transgender-Aktivisten, darunter der ›Arbeitskreis kritischer Jurist\*innen‹, hatte Vollbrechts These als »unwissenschaftlich, menschenverachtend und queer- und transfeindlich« bezeichnet. Wegen Sicherheitsbedenken mußte die Veranstaltung abgesagt werden. Bundesbildungs- und Wissenschaftsministerin Bettina Stark-Watzinger reagierte mit den Worten: »Es darf nicht in der Hand von Aktivisten liegen, welche Positionen gehört werden dürfen und welche nicht.« Das Schlimmste dabei: Auf Anfrage der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) hat sich die Universität von Vollbrecht distanziert. Der linke Gender-Wahn erfaßt unerwartet immer neue Bereiche, wie folgende Beispiele aus neuester Zeit belegen.

In Landau in der Pfalz dürfen sich ab diesem Jahr alle Geschlechter, also auch Männer und ›Diverse‹, als Weinprinzessin bewerben. Statt »Weinprinzessin gesucht« heißt es künftig in Landau nämlich »Weinhoheit gesucht«. Die deutsche Wein-Metropole geht damit einen neuen Weg innerhalb der sonst eher konservativen Weinwirtschaft. Begründung der Stadt: Es komme auf Fachwissen und Charisma an, nicht auf das Geschlecht. (Quelle: *SWR*, 14.6.22)

Männer dürfen jetzt in Frauen-Teams spielen: Ab der neuen Spielzeit entscheidet nicht mehr der Spielerpaß, sondern die sexuelle Ausrichtung, wer beim DFB in einem Männer- oder in einem Frauenteam spielt. Auch Personen, die ihr Geschlecht umwandeln lassen, können nun wählen, ob sie lieber Fußballer oder Fußballerin sein möchten. Der Queer-Beauftragte der Bundesregierung, Sven Lehmann von den Grünen, begrüßte die Regelung des DFB sehr: »Damit unterstreicht der DFB seine Bemühungen um Akzeptanz und Teilhabe von LSBTIQ im Fußball.« (Quelle: *sportschau.de*, 23.6.22)

**Friedhofumbenennung.** Wegen der aufgeheizten Gender-Debatte soll der Friedhof am Kölner Dom, der Domherrenfriedhof, umbenannt werden! Obwohl auf dem Friedhof nur Herren liegen, nämlich die Domkapitulare, deren Wurzeln bis ins 12. Jahrhundert zurückreichen, soll das Wort ›Herren‹ aus dem Namen gestrichen werden. Offenbar wollen sich die Kirchenfürsten anpassen und die Betonung des Friedhofs nicht mehr auf die Herren der Schöpfung legen. Der sich in einem erbärmlichen Zustand befindliche Friedhof soll bis Ende 2023 komplett umgebaut werden und dann nur noch ›Domfriedhoif‹ heißen. (Quelle: *express.de*, 21.6.22)

**Jeder soll sein Geschlecht beim Standesamt ändern können.** Gemäß einem am 30. Juni 2022 vom Bundesministerien für Justiz und Familie vorgestellten Konzept soll die Biologie ausgehebelt werden: Ab Mitte 2023 soll jeder Bürger ab 14 Jahren einmal pro Jahr (!) Geschlecht und Vornamen in einem einfachen Verfahren auf dem Standesamt selbst festlegen bzw. wechseln können. Bußgelder drohen allen, die die Transperson anschließend weiterhin mit dem alten Vornamen ansprechen. (Quelle: u.a. *berliner-zeitung.de*, 30.6.22)

## Personen

### Rathenau, Rapallo und die deutsche Rechte

Ende Juni jährte sich zum hundertsten Mal der Todestag von Walther Rathenau. Er wurde am 24. Juni 1922 von nationalistischen Fanatikern ermordet, die ihm seine jüdische Familienherkunft und seine »Erfüllungspolitik« gegenüber den Siegermächten des Ersten Weltkrieges vorwarfen. Nichts ist falscher: Rathenau hatte sich während des Krieges wie kaum ein anderer darum verdient gemacht, alle Rüstungsanstrengungen des Reiches zu konzentrieren, ihre Effizienz zu steigern und die Auswirkungen der englischen Seeblockade so gut als möglich abzufedern. Ohne die von ihm angeregte Schaffung eines eigenen Amtes für die Bewirtschaftung kriegswichtiger Rohstoffe wäre Deutschland vermutlich bereits 1914/15 in eine Rohstoffkrise geraten. Im weiteren Verlauf des Krieges setzte er sich unter anderem für die Deportation belgischer Zivilisten zum Einsatz in der deutschen Kriegswirtschaft ein und lehnte 1918 sogar den Waffenstillstand ab. Für die Zukunft schwebte ihm die Schaffung einer unter deutscher Führung geeinten mitteleuropäischen Wirtschaftszone vor – ein Projekt, das während des Zweiten Weltkrieges erneut auf die Tagesordnung kam, als über die Nachkriegsordnung nach einem deutschen Sieg diskutiert wurde.



Eigentlich war Rathenau Liberaler. Unter dem Eindruck des Krieges rang er sich aber zum planwirtschaftlichen Konzept einer »Gemeinwirtschaft« durch, die auch nach dem Krieg die Wirtschaftsordnung prägen sollte. Die Sozialdemokraten lehnten das Projekt bezeichnenderweise ab. Es inspirierte später den »Kriegssozialismus« Lenins – aber noch viel mehr das deutsche »Rüstungswunder«, das der spätere NS-Rüstungsminister Albert Speer ab 1942 möglich machte, indem er die deutsche Kriegswirtschaft unter Beibehaltung ihrer privatkapitalistischen Strukturen strenger staatlicher Lenkung unterwarf.

Sein größter Coup gelang Rathenau als Außenminister der Weimarer Republik, als er im April 1922 die Weltöffentlichkeit mit dem Rapallo-Vertrag mit Sowjetrußland kalt erwischte: er eröffnete dem besiegten Deutschland zumindest im Osten wieder ein erhebliches Maß an Bewegungsfreiheit und machte eine jahrelange fruchtbare Kooperation mit der Roten Armee möglich, von der noch die Wehrmacht erheblich profitierte.

Das alles hinderte eine Handvoll nationalistischer Auftragsmörder nicht, Rathenau am 24. Juni 1922 während einer Dienstreise zu ermorden. Es handelte sich zweifellos um eine der dümmsten, verbohrtesten Aktionen, die der deutschen Rechten je gelungen ist – und man kann mit guten Gründen die Frage nach ihren Hintermännern stellen. Die einschlägigen anglo-amerikanischen Hintergrundkreise versuchten schon damals alles zu sabotieren, was Deutschland und Rußland einander näherbringen konnte. Rathenaus Mörder – Offiziere,

Burschenschafter – könnten sich getrost mit heutigen ›nationalistischen‹ Ukraine-Unterstützern die Hände reichen, deren irrer Russenhaß nur den Transatlantikern in die Hände arbeitet.

Ich habe Rathenau, der ein blitzgescheiter Kopf und darüber hinaus ein glänzender Schriftsteller war, nicht zuletzt wegen seiner eiskalten Rationalität immer geschätzt. Obschon Preuße durch und durch, war ihm jede schwarzweißrote Sentimentalität wohlthuend fremd. Es gab für ihn keine Denkverbote. Die deutschen Kolonien lehnte er – wie Bismarck – als unwirtschaftlich ab. Sein Überraschungsvertrag mit dem international geächteten Rußland ist heute so aktuell wie nie zuvor. Rathenau, der Preuße, der Jude, der Politiker, war vor allem ein großer deutscher Patriot. Manche überfordert er bis heute. ■ Karl Richter

### Nancy Faeser

Bundesinnenministerin Faeser (SPD) plant den Einbürgerungs-Turbo und arbeitet mit Hochdruck am Einreißen der letzten Hürden für die unkontrollierte Migration – vor allem in unsere Sozialsysteme. »Ihr neues ›Chancen-Aufenthaltsrecht‹ ist eine offene Einladung zur Sozialmigration aus aller Welt, die verführerisch mit dem Blankoscheck auf lebenslange Vollversorgung durch den Steuerzahler wedelt«, schreibt Michael Paulwitz in der *Jungen Freiheit* (17.7.22).



Für die Politikerin, die auf dem linken Auge blind ist, war der 7. Juni ein großer Tag, da sie ihren ersten Bundesverfassungsschutzbericht, nämlich für das Jahr 2021, vorlegte, und der offenbart Manipulationen bei der Darstellung linksextremistischer Teile der Partei »Die Linke«. Dies kann kaum verwundern, regiert doch die SPD in einigen Bundesländern mit der Nachfolgepartei der Mauermörderorganisation namens SED. Und in genau diesen Bundesländern weisen deren geschönte VS-Berichte keine Hinweise auf Linksextremismus in der Partei des Koalitionspartners »Die Linke« auf. Da man aber im Bundes-VS-Bericht nicht von einem auf das andere Jahr das linksextremistische Element in der Nachfolgepartei der SED gänzlich ausblenden konnte, beschränkte man sich auf Verkürzungen und Streichungen. So fehlen im VS-Bericht 2021 konkrete Zahlen zur Stärke diverser linksextremer Gruppen innerhalb der Partei »Die Linke«. In bezug auf extremistische Gruppen innerhalb der »Linken« gibt es nun nur noch das Kapitel »Nicht gewaltorientierte dogmatische Linksextremisten«. Und die »Sozialistische Linke« (SL) taucht gar nicht mehr im Bericht auf. Dies beweist, daß der VS ein williges Werkzeug der Herrschenden ist. (Quelle: *tichyseinblick.de*)  
Im übrigen: Seit Wochen wird über eine Spitzenkandidatur von Nancy Faeser bei der Landtagswahl in Hessen 2023 diskutiert. Der selbstbewußten Sawsan Chebli, bis 2021 Staatssekretärin im Berliner Senat, werden Ambitionen nachgesagt, selbst Bundesinnenministerin zu werden. . .

## Ferda Ataman

Am 7. Juni wählte der Bundestag mit knapper Mehrheit die Journalistin Ferda Ataman zur neuen Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, nachdem die Bundesregierung sie im Juni als neue Antidiskriminierungsbeauftragte ernannt hatte. Ataman ist längst keine Unbekannte, hatte sie doch unter anderem die Deutschen als »Kartoffeln« bezeichnet, und den Heimatbegriff des früheren CSU-Innenministers Seehofer hatte sie bündig unter Nazi-Verdacht gestellt. Im Februar hatte sie eine »Namens-Guerilla« ausgerufen und deutschen Eltern empfohlen, ihre Kinder »Osman, Aliyeh, Khuyen« zu nennen. Ataman polarisiert und will auch unbedingt polarisieren. Ihr Welbild ist erschreckend abstrus und völlig irrsinnig. Rassist ist für sie, wer alt, weiß und männlich ist. Einen von Nicht-Weißen ausgehenden Rassismus gebe es nicht. Angehörige von Minderheiten werden als homogene Opfergruppen wahrgenommen, die vor den bösen Weißen geschützt werden müßten. Rassismus faßt sie als Einbahnstraße auf. Kurzum: Es geht ihr rein um Ideologie und viel weniger um den Abbau von Rassismus und Diskriminierung.



Ataman und ihr Verein »Die neuen deutschen Medienmacher« (NdM), dessen Vorsitzende sie ist, beanspruchen Deutungshoheit über diskussionswürdige und -unwürdige Standpunkte für sich allein, indem sie sich für eine Art Datenbank einsetzen, die als Talkshow-Gäste für alle möglichen Themen in Betracht gezogen werden können, und all jene, die konträre oder diskussionsunwürdige Standpunkte einnehmen, ausschließt. Medien, die sich wehren, die Richtlinien ihres Vereins der neuen Medienmacher nicht beachten, eine andere Meinung äußern, werden jährlich mit dem Negativ-Preis »Goldene Kartoffel« (für eine angeblich schlechte Berichterstattung) diffamiert. (Quelle: u.a. Ahmad Mansour, in: *Focus*, 19.6.22)

Für die AfD ist Ataman eine »fanatische Rassistin«, auf jeden Fall ist sie eine Fehlbesetzung, da mit ihr die Diskriminierungsprobleme durch die Herabwürdigung neuer Gruppen nur verschoben werden.

## Andrij Melnyk

Melnyk, der seit Januar 2015 Botschafter der Ukraine in Deutschland war, wurde am 9. Juli 2022 abberufen. Endlich, denn er war in den letzten Monaten vielen Deutschen reichlich auf die Nerven gegangen und als Diplomat untragbar geworden. Die Fauxpas mehrten sich. Einen amtierenden Bundeskanzler als »beleidigte Leberwurst« zu bezeichnen, gehört sich nicht. Auch seine Behauptung, daß die Ukrainer sich in Deutschland nicht mehr willkommen fühlten, war daneben. Der polternde Botschafter, der sich des medialen Zuspruchs sicher war, benahm sich auch wie ein Superstar. Hat der Abberufene inzwischen Ruhe gegeben? Mit nichten. Dem sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer, der die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland nicht abreißen lassen und den Krieg durch Verhandlungen »einfrieren« will, riet Melnyk an, »den Kopf in eine Tiefkühltruhe zu stecken, um seine heißen Rußland-Fantasien einzufrieren«. Seine ständige Anbiederung an den Kriegsverbrecher Putin sei widerlich.

## Polizeigewerkschaft warnt vor migrantischen Freibad-Banden

Der Fall sorgte deutschlandweit für Aufsehen: Am 19. Juni lieferten sich annähernd hundert Personen in einem Sommerbad in Berlin-Steglitz nach einer Prügelei eine Massenschlägerei. »Erst als insgesamt 13 Funkwagen sowie Teile einer Einsatzhundertschaft am Ort eintrafen, beruhigte sich die Lage«, sagte ein Polizeisprecher. Dabei hatten auch Kinder Faustschläge und Tritte abbekommen. Nun warnt der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, vor der Übernahme des öffentlichen Raums durch gewalttätige Migranten: »Die Politik scheut die Debatte um die »Täter-Klientel«, die wir hier auch ganz offensichtlich sehen. Es sind junge Männer, nicht alle, aber die meisten mit einem Migrationshintergrund, die ganz offensichtlich diesen öffentlichen Raum für sich beanspruchen« und in deutschen Freibädern längst ihr Revier markiert haben.

Die gleiche Ansicht vertritt der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Schwimmer, Peter Harzheim. Er könne Familien nicht mehr guten Gewissens empfehlen, am Wochenende ins Freibad zu gehen. »Ich habe selbst drei kleine Enkelkinder – wenn ich mit denen da hereingehen würde, würde ich schlicht unverantwortlich handeln!« Gewalt, Bedrohung und sexuelle Belästigungen gehören zum Alltag in deutschen Freibädern. Südländische Migranten treten dort bereits seit Jahren sehr dominant auf. »Die Politik verschließt die Augen vor den Problemen und läßt uns im Stich.« Der Migrationshintergrund einiger Täter dürfe nicht dazu führen, daß man das Problem nicht thematisiere.

Aus nahezu allen Regionen Deutschlands werden Straftaten aus Freibädern gemeldet. Die meisten sind sexuelle Belästigungen und Übergriffe gegen junge Mädchen und Frauen. Belästigt, beschimpft, begrabscht: Frauen und junge Mädchen werden in Freibädern zu Freiwild, wie ein Belästigungsvorfall zuletzt (16.6.) in Kaufbeuren oder in Dislaken (23.6.) zeigt. »Für Mädchen bedeutet das immer häufiger einen Spießbrutenlauf, denn die Testosteron-Brigade läßt jegliche Dis-



tanz vermissen. Wer westliche Frauen belästigt, setzt damit auch ein deutliches Zeichen in Richtung der Männer: »Ihr Luschen bringt's einfach nicht!« (Mirjam Lübke)

---

Was waren das noch herrliche Zeiten, als man zusammen mit der ganzen Familie sorgenfrei und unbelästigt ein Freibad besuchen konnte!

Man erinnere sich leider an die Worte von Katrin Göring-Eckardt: »Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf!«

## Kurzmeldungen

**AfD-Klage gegen Merkel erfolgreich.** Die AfD klagte gegen Angela Merkel, weil sie sich auf einer Auslandsreise gegen die Partei positioniert hatte – und bekam Recht. Laut einem Bundesverfassungsgerichtsurteil habe Angela Merkel mit ihren Äußerungen zur Ministerpräsidenten-Wahl in Thüringen 2020 die Rechte der AfD verletzt und, so die Richter, gegen den Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien verstoßen. Am 5. Februar 2020 hatte sich der FDP-Politiker Thomas Kemmerich im Erfurter Landtag völlig überraschend mit Hilfe von CDU und AfD zum Regierungschef wählen lassen. Es war das erste Mal, daß sich ein Ministerpräsident von der AfD ins Amt verhelfen ließ. In ihrer Einschätzung hatte Merkel erklärt, daß das Ergebnis der Thüringen-Wahl »unverzeihlich« sei und »rückgängig gemacht werden« müsse und daß die Wahl »ein schlechter Tag für die Demokratie gewesen« sei. Eine Mitschrift der Pressekonferenz stand zwischenzeitlich sogar auf [bundeskanzlerin.de](http://bundeskanzlerin.de) und [bundesregierung.de](http://bundesregierung.de). (Quelle: u.a. [handelsblatt.com](http://handelsblatt.com) u. [welt.de](http://welt.de), 15.6.22)

**Xavier Naidoo im Mainstream?** Lange Zeit galt der farbige Sänger mit südafrikanischen Wurzeln, Xavier Naidoo, als Etabliertenschreck, weil er Teile der ›Reichsbürger‹-Ideologie und Verschwörungstheorien sowie in seinen Liedtexten angeblich homophobe, antisemitische, rassistische und rechtspopulistische Inhalte verbreitete. Er war prominenter Vertreter der Querdenker und wandte sich zuletzt gegen den Covid-Wahnsinn. Hatten seine Alben zu Beginn seiner Karriere sich millionenfach verkauft und es mehrmals bis auf Platz 1 der deutschen Charts geschafft, wurden seine Lieder auf Grund seines politisch unkorrekten Auftretens zuletzt weitgehend von Radiostationen ausgeblendet. Er fiel in die Schweigespirale und machte kaum noch Umsatz. Im April distanzierte sich der 50jährige nun von seinen »Sünden« der Vergangenheit und zeigte Reue: »Ich habe erkannt, auf welchen Irrwegen ich mich teilweise befunden habe. Und daß ich in den letzten Jahren viele Fehler gemacht habe.« Er sprach sogar von »verstörenden Äußerungen«, mit denen er »irritiert und provoziert« habe. Auslöser für seinen Wandel sei der Krieg in der Ukraine, woher seine Frau stammt. Ob das musikalische Establishment ihn wieder in seine Reihen aufnimmt? (Quelle: [bunte.de](http://bunte.de))



X. Naidoo. Mit »manchen« seiner Äußerungen und Verhaltensweisen habe er »Menschen vor den Kopf gestoßen und verletzt«. Auch habe er sich »zum Teil instrumentalisieren lassen«. Foto: D. Goetzhaber

**Israel kauft Yuan.** Setzte die israelische Notenbank bei ihren Devisenreserven im Wert von ca. 200 Milliarden Dollar bislang zu knapp zwei Dritteln auf den US-Dollar sowie zu 30 Prozent auf den Euro und zu fünf Prozent auf das britische Pfund, soll künftig der chinesische Yuan auch eine Rolle spielen. Aus diesem Grund

kaufte Tel Aviv Yuan im Wert von einer Milliarde Dollar. So trägt man der wachsenden Bedeutung Chinas als Investor in der Welt, insbesondere in Afrika und in Lateinamerika, Rechnung. Mittlerweile ist sogar Peking – dicht hinter Washington – zum zweitwichtigsten Handelspartner Israels aufgestiegen. Riad wickelt übrigens demnächst seine Öllieferungen an China in Yuan ab. In Zukunft will Israel den Dollaranteil seiner Devisenreserven auf 60 Prozent und den Euroanteil auf 20 Prozent reduzieren und dafür den Pfundanteil auf zehn Prozent erhöhen sowie zwei Prozent in Yuan besitzen. Außerdem sollen auch die Währungen Australiens, Japans und Neuseelands Teil der israelischen Devisenreserve werden. (Quelle: *Bloomberg News*)

**Deutschlands ungelöstes Asyl-Dilemma mit Griechenland.** Deutsche Behörden sind machtlos gegenüber der sogenannten »Sekundärimmigration«: Zigtausende in Griechenland anerkannte Flüchtlinge reisen auf eigene Faust einfach weiter nach Deutschland. Der Fall zeigt das Scheitern des EU-Systems. Statt 17 000 sind mittlerweile knapp 50 000 anerkannte Asylsuchende hierher gereist. Das Dilemma: Deutschland kann diese Flüchtlinge auch nicht nach Griechenland zurückschicken. Rechtlich ist die griechische Regierung für sie zuständig. Mit der Anerkennung als Flüchtlinge aber kann sie ihnen Reiseausweise ausstellen, sie dürfen damit im Schengenraum reisen, zum Beispiel nach Deutschland. Hier angekommen, beantragen sie dann erneut Asyl. (Quelle: u.a. *thueringer-allgemeine.de*, 3.7.22)

**Das nennt man »Zuwanderungsbezogene Heterogenität«.** Laut einer von der Kultusministerkonferenz (KMK) vorgestellten Studie, die im Abstand von fünf Jahren den Stand bei Viertklässlern untersucht, lesen und rechnen Grundschüler immer schlechter. Weniger als die Hälfte der Viertklässler (44 Prozent) erreichte bei der Rechtschreibung den »Regelstandard«, also das, was im Schnitt von Schülerinnen und Schülern in diesem Alter erwartet wird, und fast ein Drittel (30 Prozent) verfehlte den »Mindeststandard«. Die Corona-Pandemie ist ein Grund dafür, jedoch nicht der einzige ausschlaggebende. Die stärksten Kompetenzrückgänge seien fast durchgängig für Schüler zu verzeichnen, die im Ausland geboren sind. (Quelle: *tagesschau.de*, 1.7.22)

**Deutschland gibt 22 Milliarden Euro für Flüchtlinge aus.** Der Bund hat im vergangenen Jahr rund 21,82 Milliarden Euro für Flüchtlings- und Integrationskosten zur Verfügung gestellt. Dies geht aus einer am 28. Juni vom Bundesfinanzministerium an den Deutschen Bundestag geschickten Unterrichtung hervor; 2020 waren es 22,5 Milliarden Euro gewesen. Größter Posten davon waren Kosten für Unterkunft mit Heizung in Höhe von 1,6 Milliarden Euro. Wegen der hohen Zahl von Flüchtlingen aus der Ukraine dürfte der Betrag in Zukunft demnach weiter steigen. Dazu kommen noch die Milliardenkosten der Länder, die für Unterbringung, Versorgung und Integration von Asylsuchenden zuständig sind. (Quelle: *Junge Freiheit*, 28.6.22)

**Türke ergaunert 24,5 Millionen Euro mit falschen Coronatests.** Oguzhan C., der im Frühjahr 2021 61 Testzentren in mehreren Städten in NRW betrieb, rechnete viel mehr Tests ab als durchgeführt. Außerdem hat C. den höheren Gebührensatz für Ärzte veranschlagt und bei den Sachkosten den höchstmöglichen Wert verlangt, obwohl die Kosten viel niedriger waren. Und wie flog der Betrug auf? Journalisten hatten irgendwann die ›Kunden‹ an den Testzentren gezahlt. Die dadurch den Steuerzahlern entstandene Schadenssumme bezifferte das Gericht auf rund 24,5 Millionen Euro. Das Landgericht Bochum hat den ›Unternehmer‹ zu sechs Jahren Haft verurteilt. Leider handelt es sich nicht um einen Einzelfall von Betrug mit fiktiven Tests. Bekannt sind Fälle unter anderem aus Südbaden (14,9 Mio.), Freiburg (5,7 Mio.), Berlin (24 Mio.). Haben Kontrollmechanismen versagt? Für den Betrieb der Zentren waren wohlgermerkt fast keine Voraussetzungen zu erfüllen! (Quelle: u.a., *politikversagen.net*, 29.6.22)

**456.000 Euro Hartz IV für millionenschweren Clan.** Der Prozeß gegen Mitglieder des Al-Z.-Clans hat vor dem Düsseldorfer Landgericht begonnen. Die Staatsanwaltschaft erhebt schwere Vorwürfe: Geldwäsche, Erpressung, Steuerhinterziehung, Geiselnahme, gefährliche Körperverletzung, Ausbeutung, Nötigung – und bandenmäßiger Sozialhilfebetrug. Dabei kam heraus, daß der deutsche Steuerzahler die ohnehin millionenschwere, aus dem Libanon stammende Großfamilie mit 456.000 Euro Hartz IV finanzierte. Da stellt sich unter anderem die Frage, wie das Job-Center sieben Jahre lang das Füllhorn über einer Sippe ausschütten konnte, die in der Öffentlichkeit mit ihrem Reichtum protzte? Und: Warum wurde nicht entschieden, der Clan sollte zunächst Villa und Luxuskarossen verkaufen, bevor Geld vom Staat fließt? (Quelle: *jungfreiheit.de*, 20.6.22)

**Kriminelle in den Kosovo.** Dänemark will neue Wege in der Ausländerpolitik gehen. Nicht nur, daß Kopenhagen vom bisherigen Ziel der Integration Fremder abrückt, es plant auch, ab 2023 verurteilte kriminelle Ausländer in den Kosovo zu schicken, damit sie dort in eigens angemieteten Gefängnissen ihre Strafe absitzen. Zu diesem Zweck hatten Kopenhagen und Pristina bereits Ende 2021 eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet. Ab Anfang nächsten Jahres sollen dann bis zu 300 zur Abschiebung verurteilte Ausländer im Gjilan-Gefängnis im Südosten des Kosovo ihre dänische Haftstrafe verbüßen. Damit will Dänemark auch dem chronischen Mangel an Gefängnisplätzen und Aufsichtspersonal im eigenen Land Rechnung tragen. Justizminister Nick Haekkerup spricht von einer bahnbrechenden Vereinbarung und sagte: »Mit dem Abkommen sendet Dänemark auch ein klares Signal an Ausländer aus Drittstaaten, die zu einer Abschiebung verurteilt sind: Ihre Zukunft liegt nicht in Dänemark, und deshalb dürfen sie ihre Zeit auch nicht hier absitzen.« Kopenhagen führt nun auch Gespräche mit Ruanda über ein Abkommen, damit Asylbewerber während der Prüfung ihres Antrags sich in diesem afrikanischen Staat aufhalten können. (Quelle: *Euronews*)

Aktivisten haben in Frankreich aus Protest einen Zug mit Getreide abgefangen und einen Teil der Körner auf den Schienen verteilt.



**Getreide zerstört.** In ihrem Wahn, tonnenweise Soja aus Südamerika vernichten zu wollen, zerstörten französische Linksextremisten 1500 Tonnen Getreide. Sie stoppten einen Güterzug in der Nähe von Pontivy in der Bretagne und stießen die Waggons um. Doch statt Soja hatte der Zug Futtermittel aus Getreide geladen. Die betroffenen Bauern zeigten für die Aktion der selbsternannten Klimaschützer keinerlei Verständnis. (Quelle: *unzensuriert*)

**Keine Hetero-Trauungen.** Ein schwuler evangelischer Pfarrer in Schweden weigert sich, Hetero-Trauungen vorzunehmen. Der Zeitgeistliche namens Lars Gardfeldt begründet sein Verhalten damit, daß bislang einige Pfarrer sich weigern, Homo-Paare zu trauen. Solange diese »homophoben« Pfarrer nicht abgesetzt werden, will Gardfeldt keine Hetero-Trauungen vornehmen. Hierbei beruft er sich auf sein Gewissen und spricht von einer »theologisch und ethisch verwerflichen« Haltung seiner Kirche zur Homosexualität. Die schwedische evangelische Kirche erlaubt Pfarrern nur dann, die Eheschließung bestimmter Paare zu verweigern, wenn sie der Meinung sind, daß sie ein Problem mit der Verbindung der beiden Personen haben. Als Ebehindernisse gelten auch Alkoholisierung oder Drogenkonsum. (Quelle: *unzensuriert*)

**Moschee ehrt SS-Offizier.** Auf der Suche nach problematischen Moscheegemeinden in Bayern stießen Islamistenjäger auf die bosnische ›Islamische Kulturgemeinschaft Dozo e.V.‹ in Ingolstadt. Die Vereinigung nennt sich nämlich nach Husein Dozo, der im Zweiten Weltkrieg SS-Sturmabführer (Major) in der Division ›Handschar‹ war. Dozo fungierte dort als Militärimam. 1968 rief er bei einem Kongreß in Kairo zur »Befreiung Jerusalems von den Juden« durch den »Heiligen Krieg« sowie zum »Sieg im Nahen Osten durch den Dschihad« auf. Aufdecker der Machenschaften Dozos ist der Islamexperte und Buchautor Irfan Peci. (Quelle: *unzensuriert*)

**Irakischer Messerstecher.** Mitte Mai stach mitten im Berufsverkehr in der Regionalbahn von Hamm nach Aachen ein irakischer Asylbewerber mit einem Messer grundlos auf fünf Fahrgäste ein. Ein Polizeibeamter in Zivil konnte den Verbrecher zusammen mit zwei Passagieren festnehmen. CDU-Innenminister Herbert Reul sprach von einer Amoktat, ohne aber zu erwähnen, daß der 31jäh-

rige Moslem bereits seit 2017 bei den Behörden als sog. »Prüffall Islamismus« aktenkundig ist. (Quelle: *Mitteleuropa*)

**Belgiens Vizepremier Transe.** Petra De Sutter, Mitglied der flämischen Grünen, ist die erste Transperson, die ein Ministeramt innehat. Als Junge geboren, wollte sein Vater aus Peter einen richtigen Kerl machen. Doch dieser las lieber Bücher und spielte Querflöte sowie Cello. Nach dem Medizinstudium (Gynäkologe) ließ er sich auf Grund von Depressionen nach dem 40. Lebensjahr zur Frau umoperieren und ging dann in die Politik (zu den Grünen). Als Vizepremierminister und Ressortchef für Beamtenangelegenheiten und öffentliche Betriebe ist die jetzt 58jährige Person Vorkämpfer für die Rechte von LGBT-Personen. Das sind Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender. Als Transe feierte De Sutter am 21. Mai den Höhepunkt des »Belgian Pride« zusammen mit der halbnackten Transperson Jenna Boeve. Letztere schrieb auf Instagram: »Der heiligste Tag des Jahres. Wir tanzen für die Rechte, die wir haben und noch erhalten werden.« De Sutter jammerte kürzlich über Belästigungen von Frauen durch Männer auf Grund eigenen Erlebens nach der OP. (Quelle: *unzensuriert*)

**Hinteregger hört auf.** Der Kärntner Fußballprofi Martin Hinteregger, der erst kürzlich mit Eintracht Frankfurt Europa-League-Sieger wurde, beendet seine Karriere nach Rechtsextremismusvorwürfen. Nachdem der ultralinke Antifa-Journalist Michael Bonvalot enthüllt hatte, daß der 29jährige Spitzenfußballer in seiner Heimatgemeinde Sirnitz ein kleines Fußballturnier, den sog. Hinti-Cup, veranstalten wollte, das durch den ehemaligen Grazer FPÖ-Gemeinderat Heinrich Sickl, seines Zeichens Burschenschafter und einst Unterstützer der Identitären sowie Mitverantwortlicher des rechtsliberalen Periodikums *Freilich*, das nach Einstellung des nationalfreiheitlichen Monatsmagazins *Die Aula* ins Leben gerufen worden war, unterstützt werden sollte, war Feuer am Dach. Die etablierten Medien in Österreich und der BRD skandalisierten diese Banalität und rückten Hinteregger ins rechte Eck. Dieser distanzierte sich umgehend von »rechtem Gedankengut« und seinem Geschäftspartner Sickl. Schließlich erklärte der Eintracht-Profi, daß er seine Fußballkarriere bereits dieses Jahr beenden werde. (Quelle: *Mitteleuropa*) Nur einen Tag nach seiner Entscheidung kündigte Hinteregger an, ein Restaurant im hessischen Kronberg betreiben zu wollen.

Von links: Husein Dozo (1943), Petra De Sutter und Martin Hinteregger.



**Antifa-Kampf »akademisch«.** Die Philipps-Universität im hessischen Marburg wird ab dem Wintersemester 2022/23 einen Masterstudiengang »Beratung im Kontext Rechtsextremismus« anbieten. Laut Universität richtet sich der dubiose Studiengang »sowohl an Fachkräfte aus der Mobilen Beratung als auch aus angrenzenden Feldern der Beratung gegen Rechtsextremismus. Zudem steht er grundsätzlich Fachkräften offen, die einschlägige Vorerfahrungen sowohl in der Beratung als auch im Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus mitbringen.« Die »Qualifikationsziele« sind etwa die Vermittlung eines »wissenschaftlich-theoretischen Fachwissens« sowie die »Erweiterung der praktischen Handlungskompetenz durch Erlernen und Vertiefen relevanter Analyse- und Beratungsmethoden«. Absolventen dieses Studiengangs sollen dann ins Berufsfeld »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus« treten können. In diesem Bereich tummeln sich unzählige linksextreme NGO, die mit üppigem Steuergeld gefördert werden. Deren Tun zielt darauf ab, Andersdenkende, also Nicht-Linke, zu diffamieren und in NS-Nähe zu rücken. Einer der Dozenten des Masterstudiengangs ist Timo Reinfrank, Geschäftsführer der linksextremen Amadeo Antonio Stiftung, deren Gründerin und Vorsitzende die einstige Stasi-Zuträgerin Anetta Kahane ist. (Quelle: *Mittleuropa*)

**5 Jahre für 101jährigen.** Das Landgericht Neuruppin verurteilte nach neunmonatigem Prozeß einen 101jährigen Mann wegen Beihilfe zum Mord in Tausenden Fällen im Konzentrationslager Sachsenhausen zu einer fünfjährigen Haftstrafe. Die Verhandlung fand in einer Sporthalle statt, die in der Nähe des Wohnorts des Angeklagten liegt. Auf Grund eingeschränkter Verhandlungsfähigkeit (»nur« zweieinhalb Stunden pro Tag) des Greises zog sich der Prozeß in die Länge. Der Angeklagte bestritt, der SS-Wachmann zu sein, für den ihn die Anklagebehörde hielt. Die Staatsanwaltschaft legte aber Dokumente mit den Daten des Mannes vor. Obwohl ihm selbst keine aktive Beihilfehandlung zu einem Mord nachgewiesen werden konnte, begnügt sich die Rechtsprechung seit dem Demjanjuk-Urteil im Jahre 2011 damit, eine solche Handlung schon zu bejahen, wenn jemand als »Teil der Vernichtungsmaschinerie« in einem Konzentrationslager Dienst tat. (Quelle: *gmx.net*)

**Italiens Recht gestärkt.** Die Kommunalwahlen in Italien Mitte Juni waren der erste Test für die Parteien nach Bildung der Konzentrationsregierung durch Mario Draghi im Februar 2021. Bis auf die nationalen Fratelli d'Italia (FdI; Brüder Italiens), deren Wurzeln auf den neofaschistischen MSI zurückgehen und die in Umfragen momentan die stärkste Kraft im Stiefelstaat sind, sitzen alle relevanten Parteien in der Draghi-Regierung. Der Rechtsblock, bestehend aus Matteo Salvini Lega, Silvio Berlusconi Forza Italia und FdI, kam auf 44 Prozent, das Linksbündnis auf 42 Prozent. In Genua und Palermo siegten rechte Kandidaten. Die einst starke Fünf-Sterne-Bewegung (5S), die sogar mehrere Jahre den Regierungschef stellte und erst mit der rechten Lega und später mit Linken regierte, rutschte auf 1,4 Prozent ab. Innerhalb des rechten Lagers wurden die FdI zur

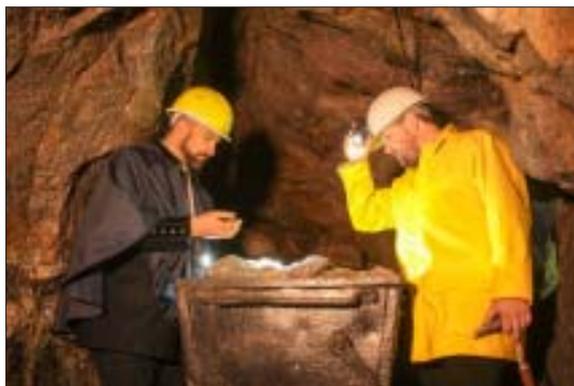
stärksten Kraft und überholten nun auch im Norden des Landes Salvini's Lega. Deren Frontfrau, die eloquente 45jährige Giorgia Meloni, gilt als neue Hoffnungsträgerin für Italiens Rechte und dürfte damit Salvini als Galionsfigur in Italiens rechtem Lager ablösen. (Quelle: *taz*)

**BDI-Präsident bringt 42-Stunden-Woche ins Gespräch.** Vor dem Hintergrund der steigenden Inflationsrate hat sich der Präsident des Industrieverbands BDI, Siegfried Russwurm, für eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit ausgesprochen. »Eine 42-Stunden-Woche wäre sicherlich leichter umzusetzen als eine allgemeine Einführung der Rente mit 70«, so der BDI-Präsident. (Quelle: u.a. *finanzen.net*,

**Erstes Tesla-Taxi schon nach einem Monat kaputt.** Nach nur einem Monat im Einsatz auf Erfurts Straßen ist das erste Elektro-Taxi der Stadt kaputt. Grund für den Ausfall des Teslas: eine absolute Tiefentladung. Nun benötigt der Tesla eine neue 12-Volt-Batterie. »Das Ärgerliche ist, die Batterie ist nicht lieferbar«, gesteht der Taxi-Unternehmer. (Quelle: *m.bild.de*, 22.6.22)

**Lithium aus Sachsen.** Da auf Grund der explodierenden Nachfrage nach Lithium – der Bedarf soll sich vor allem wegen der massiv ansteigenden Herstellungszahlen von Elektroautos bis 2028 fast verzehnfachen – die Preise für den Import dieses Metalls stark ansteigen, erscheint der Abbau von Lithiumlagerstätten in Deutschland rentabel. Entsprechende Vorkommen fand man bislang in Sachsen (Osterzgebirge) und Brandenburg, die nun abgebaut werden sollen. In Guben soll ab 2024 Europas größte Lithiumfabrik arbeiten, wo dann Batterien für E-Autos entstehen, die unter anderem das große Tesla-Werk im brandenburgischen Grünheide benötigt – und zwar jährlich 24 000 Tonnen Lithiumhydroxid für die Batterien von einer halben Million Tesla-Autos. 70 Prozent aller Lithiumvorkommen befinden sich in Südamerika im Dreieck Argentinien, Bolivien, Chile. In Sachsen sollen etwa 125 000 Tonnen lagern, in Brandenburg etwas weniger. (Quelle: *unzensuriert*)

Laut Deutsche Lithium GmbH sollen unter Zinnwald, einem Ortsteil von Altenberg, rund 125 000 Tonnen Lithium lagern, »genug für mehr als 30 Jahre wirtschaftlich sinnvollen Bergbau«. Es herrscht Goldgräberstimmung.



## Buchbesprechungen



Frank Wolfram Wagner: **Kulturelle Selbstdenker**. 536 S., € 28.-, Druck tradition GmbH, Hamburg 2022

### **Kulturelle Selbstdenker**

Der Soziologe mit ostpreußischen Wurzeln, Frank Wolfram Wagner, gibt in seinem neuen Buch eine Fülle von Informationen über renommierte, aber auch weniger bekannte Persönlichkeiten aus aller Welt. Es handelt sich dabei vorwiegend um Künstler, Wissenschaftler und Politiker. Auffallend ist das Interesse des Autors an deutschen Minderheiten in Europa und Asien (Kirgistan); so werden Serbien-, Bessarabien- und Ungarndeutsche anhand einzelner Beispiele, etwa Ex-Bundespräsident Horst Köhler, erwähnt. Wagner führt immer wieder schillernde Rote (»Pragmatische Sozialdemokraten«) an, die SPD oder SPÖ geprägt haben, etwa die sudetendeutschen Politiker Wenzel Jaksch und Peter Glotz oder Österreichs Ex-Bundeskanzler Fred Sinowatz. Dabei nehmen die Vertreibung der Sudetendeutschen und die Haltung der Tschechen breiten Raum ein. Im Interviewteil zeigt sich die Sympathie des Autors für Donald Trump, sind doch nationale und internationale Erfolge des unorthodoxen Ex-US-Präsidenten aufgelistet. Daß der Verfasser dieses Buches in keine Schublade paßt, zeigt sich an der Auswahl seiner Portraits und Themen. Ein wohlthuendes Potpourri aus kulturellen Selbstdenkern ohne Scheuklappen!



Gerald Grosz: **Zeit für Sauberkeit** – Ein Plädoyer gegen Korruption, für Moral und Anstand. 192 S., € 20.-, ARES Verlag, Graz 2022

### **Zeit für Sauberkeit**

Binnen zwei Jahren legte der Ex-Politiker Gerald Grosz schon sein viertes Buch in der Stocker-Verlagsgruppe vor. Der Erfolgsautor beschäftigt sich diesmal vor allem mit der (fehlenden) Sauberkeit in der Politik. Dabei hält er in seiner gewohnt eloquent-bissigen Art den etablierten Politikern ihr Versagen, etwa in der Corona-Krise, vor und prangert ihre Verlogenheit an. Im Blickpunkt des Bundespräsidentchaftskandidaten für 2022 steht das Jahr 2021. Grosz beschreibt nicht nur Pleiten und Pannen bei österreichischen Politikern, sondern nimmt auch BRD-Politbonzen à la Baerbock oder Scholz ins Visier. Die Tatsache, daß 2021 als das Drei-Kanzler-Jahr in die Geschichte der Alpenrepublik einging, beweist eindrucksvoll Unvermögen und Chaotik in der Wiener Politik am Ballhausplatz. Anhand seiner eigenen politischen Vita – er stieg 1993 als 15jähriger in die Politik ein, damals als RFJ-Aktivist für Haiders FPÖ – zeigt der Autor auf, wie Macht, Geld und gesteigener Lebensstandard so manchen Politiker für Korruption und krumme Geschäfte anfällig machten. Im Fokus seiner beißenden Kritik steht in erster Linie die verheerende Politik von ÖVP und CDU/CSU während der sog. Corona-Pandemie, als ausgerechnet die sog. Wirtschaftsparteien der Konjunktur durch unverantwortliche Maßnahmen erheblich schaden.

## Energiepolitik & Elektrizitätswirtschaft

Seit Jahrzehnten werden die Themen Umwelt und Energiepolitik den Grünen überlassen, wobei diese dank ihnen wohlgesonnener Medien den – angeblich menschengemachten – Klimawandel zur Causa Prima hochstilisieren. Im Spannungsfeld dieser Entwicklung werden fossile Energieträger pauschal verteufelt und Windräder und Solaranlagen als alternativlose Technologien zur Stromerzeugung angepriesen. Und mit dem vermeintlichen Heilsbringer Elektroauto, mit dem der erprobte Verbrennungsmotor ersetzt werden soll, wollen selbsternannte Klimaschützer die Welt vor dem CO2-Kollaps retten. Vor allem im deutschen Mitteleuropa neigt man dazu, den hinterfragungswürdigen Klimazielen alles unterzuordnen und damit auch Versorgungssicherheit sowie wirtschaftliche und pekuniäre Aspekte zu vernachlässigen. Der freiheitliche Wirtschaftssprecher im Nationalrat, Axel Kassegger, der seit Jahrzehnten an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik tätig ist, ermöglicht in diesem Buch einen vielschichtigen, ganzheitlichen und ideologiefreien Zugang zu diesem Thema. Denn es ist höchste Zeit, daß heimatverbundene Kräfte das Umwelt- und Energiethema aus dem Würgegriff linker Utopisten befreien.



Axel Kassegger:  
**Energiepolitik  
und Elektrizitätswirtschaft  
in Österreich  
und Europa,**  
212 S., € 39,90,  
Stocker Verlag,  
Graz 2020

## Österreichs Geheimdienstchef packt aus

Selten greifen führende Mitarbeiter von Geheimdiensten zum Griffel, sind sie doch über ihre Dienstzeit hinaus in vielen Dingen zur Verschwiegenheit verpflichtet. Der Kärntner Gert Polli (1960 arbeitete als Berufsoffizier zunächst bei Österreichs militärischem Auslandsnachrichtendienst, dem Heeres-Nachrichtenamt (HNaA). In Zeiten der ersten schwarz-blauen Bundesregierung war es Innenminister Ernst Strasser (ÖVP), der Polli vom HNaA abwarb und mit dem Aufbau eines zivilen Inlandsgeheimdienstes beauftragte. Polli reformierte die StaPo die – nicht geheime – Staatspolizei (StaPo), die für politischen Extremismus zuständig und dem Innenministerium unterstellt, jedoch kein klassischer Geheimdienst war, und überführte sie ins neugeschaffene Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Damit gab es erstmals eine Behörde, durch die der Staatsschutz bundeseinheitlich ausgerichtet und zusammengeführt war sowie Elemente eines Nachrichtendienstes hat. Wie in der BRD existieren auch in Österreich sog. Landesämter für Verfassungsschutz (und Terrorismusbekämpfung) (LVT). Im Gegensatz zur BRD aber verfügen die Verfassungsschützer über polizeiliche Befugnisse.



Gert R. Polli:  
**Schattenwelten**  
– Österreichs  
Geheimdienstchef  
erzählt. 320 S.,  
€ 25,90. ARES  
Verlag, Graz  
2022

## Hinweise und Mitteilungen

### **Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:**

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: [gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de](mailto:gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de)

[www.gfp-netz.de/](http://www.gfp-netz.de/) [www.facebook.com/www.gfp-blog.de/](https://www.facebook.com/www.gfp-blog.de/)

Liebe Mitglieder und Freunde der GfP,

unser kleines Hotel in Thüringen wurde umgebaut und steht uns leider nicht mehr zur Verfügung. Auf der Suche nach einem neuen Domizil sind wir fündig geworden und konnten im Großraum Eisenach ein sehr schönes und großes Hotel für den Kongreß für den Zeitraum 23. – 25. September buchen.

Die Einladung zur Mitgliederversammlung am Freitag, dem 23. September 2022, um 20.00 Uhr und das Programm mit dem Ablauf der Tagung, zu den Einzelheiten der Anmeldung mit der Tagungsgebühr und den Übernachtungskosten wird in ca. 2 Wochen verschickt.

Anmeldungen sind ab sofort möglich an:

GfP – Margret Nickel

Klosterhof 4 34399 Wesertal

Tel: 05572-7310 Fax: 05572/999823

Mobiltel.: 0171-2050671

e-mail: [Klosterhausverlag@gmx.de](mailto:Klosterhausverlag@gmx.de)

Im Kreise von Gleichgesinnten und aufrechten Patrioten wollen wir mit unserer Tagung erneut ein Zeichen setzen. Auch in Zeiten politischer und kultureller Verwerfungen sind wir als GfP standhaft im Kampf um die »freie Publizistik«.

Sie, unsere Mitglieder, sind es, die bei unserer jährlichen Zusammenkunft unserer Gemeinschaft Leben einhauchen. Daher freuen wir uns auf Ihr Kommen!

Der Vorstand bittet um rege Teilnahme und baldige Anmeldung aus den Reihen der GfP-Mitglieder und -Freunde.

**Konto für Beiträge  
und Spenden:**

**Beilagenhinweis:**

**GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK**

**IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07**

**Einladung zum Kongreß**

**Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung**

**DAS  
FREIE  
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal